

Stand: 23.02.2026 03:46:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5393

"Europäische Sustainable Finance Agenda als Chance für ökologische Modernisierung und Klimaschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5393 vom 11.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5435 vom 11.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganterer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahle, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Europäische Sustainable Finance Agenda als Chance für ökologische Modernisierung und Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Einigung des Europäischen Parlaments und des Ministerrats auf einen Kompromiss für die Klassifizierung nachhaltiger Investments im Rahmen der Sustainable Finance Agenda.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Umsetzung der Sustainable Finance Agenda auf allen Ebenen zu unterstützen und im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen. Dabei sind

- die Kapitalanlage- und Förderpolitik Bayerns an den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auszurichten,
- bei allen Anlageportfolios in der Verantwortung des Freistaats Bayern das Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen sicherzustellen und
- Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen auch auf kommunaler Ebene zu unterstützen.

Begründung:

Nur mit einer eindeutigen Regulierung kann sich der Markt für nachhaltige Finanzprodukte weiter entwickeln. Nur durch die Festlegung eindeutiger Kriterien kann nachhaltige Geldanlage für Anlegerinnen und Anleger attraktiver gemacht werden.

Mit dem Kompromiss zwischen Parlament und Ministerrat schafft Europa Eindeutigkeit bei der Frage, welche Finanzprodukte sich nachhaltig nennen dürfen. Die Klassifizierung schiebt Greenwashing den Riegel vor und schafft die für das Funktionieren des Finanzmarktes notwendige Transparenz. Denn durch die Kennzeichnung von Finanzprodukten werden bestehende Risiken in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance sichtbar und können vom Markt eingepreist werden.

Es ist ein großer Erfolg, dass nun alle Finanzprodukte die Klassifizierung anwenden oder klar angeben müssen, dass sie es nicht tun. Kohle ist explizit ausgeschlossen aus nachhaltigen Finanzprodukten, während die Hürden für Atomkraft so hoch gesetzt sind, dass sie keinen Weg in ein nachhaltiges Finanzprodukt finden kann.

Dadurch werden private Investitionen in eine grüne Ökonomie freigesetzt und kostengünstiger. Für Förderbanken wie EIB und KfW werden die Regeln den neuen Maßstab für ihre Investitionen setzen. Selbst die EZB hat angekündigt, die neuen Regeln anzuwenden. Umweltschädliche Investments werden sich verteuern.

Auch für den Staat verbessern sich die Rahmenbedingungen, um das Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen umsetzen zu können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krah, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/5393

Europäische Sustainable Finance Agenda als Chance für ökologische Modernisierung und Klimaschutz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Alexander König

Abg. Tim Pargent

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Gerald Pittner

Abg. Martin Böhm

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatssekretär Roland Weigert

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Sustainable Finance Agenda mittelstandsfreundlich und technologieoffen umsetzen! (Drs. 18/5314)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäische Sustainable Finance Agenda als Chance für ökologische Modernisierung und Klimaschutz (Drs. 18/5393)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als ersten Redner darf ich den Abgeordneten Alexander König von der CSU-Fraktion aufrufen.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sorgen uns, dass der Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums – so heißt er – der Europäischen Kommission dazu führen könnte, die Wettbewerbsbedingungen namentlich für unsere kleinen und mittleren Unternehmen wesentlich zu verschlechtern und die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Energiewende zu erschweren.

Worum geht es? – Der im Frühjahr 2018 beschlossene Plan der EU-Kommission hat zum Ziel, Kapitalflüsse auf nachhaltige Investitionen umzulenken, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, finanziellen Risiken, die sich aus Ressourcenknappheit, Umweltzerstörung, Klimawandel und sozialen Risiken ergeben, zu begegnen und Transparenz und Langfristigkeit in der Wirtschafts- und Finanztätigkeit zu fördern.

Kolleginnen und Kollegen, die Probleme liegen wie immer in der praktischen Umsetzung und beginnen bereits mit der Definition, was nachhaltig ist und was nicht. So ist

zum Beispiel strittig, ob die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke als nachhaltig eingestuft werden kann oder nicht und ob die pauschale Klassifizierung von Gas als nicht nachhaltig gerechtfertigt ist.

Allein aus diesen Fragestellungen ergeben sich Gefährdungen für die Umsetzung der Energiewende in Bayern, welche ohne Kapazitäten von Kraftwerken, die Gas als Energieträger einsetzen, kaum machbar sein dürfte. Würde Gas grundsätzlich als nicht nachhaltig eingestuft, so dürfte es für etwaige Investoren in derartige Kraftwerke außerordentlich schwierig sein, eine Finanzierung zu bekommen, wenn zukünftig beabsichtigt ist, bei einer Finanzierung nicht vordergründig wie bisher auf das Risiko einer Anlage, sondern auf die Nachhaltigkeit des Unternehmens abzustellen. Ein derartiger politisch motivierter Paradigmenwechsel bei den Eigenkapitalvorgaben würde unsere Wirtschaft vor völlig neue Herausforderungen und nicht zuletzt auch vor einen riesigen Berg völlig neuer Bürokratie stellen.

Unternehmen, die beispielsweise mit giftigem Harz Rotorblätter für die im Ergebnis als nachhaltig geltenden Windkraftanlagen produzieren, würden Finanzierungsprobleme bekommen, weil ihr Ausgangsprodukt gerade als nicht nachhaltig eingestuft würde. Unternehmen, die beispielsweise seltene Erden fördern, vertreiben oder verwenden, welche im Ergebnis für als nachhaltig eingestufte Produkte wie Batteriezellen oder Stromspeicher verwendet werden, würden Finanzierungsprobleme bekommen, weil ihr Handeln als nicht nachhaltig eingestuft würde. Unternehmen, welche beispielsweise Leichtbauwerkstoffe für nachhaltige Elektroautos produzieren, würden Finanzierungsprobleme bekommen, weil ihr energie- und emissionsintensives Ausgangsprodukt als nicht nachhaltig eingestuft würde.

Kolleginnen und Kollegen, allein anhand dieser Beispiele können Sie sich vorstellen, was es für unsere Unternehmen und für unseren Wirtschaftsstandort bedeutet, wenn die beabsichtigten Grundsätze des sogenannten nachhaltigen Finanzwesens in Europa und Deutschland umgesetzt werden. Die CSU tritt deshalb dafür ein, die Sustai-

nable Finance Agenda auf Bundes- und EU-Ebene mittelstandsfreundlich und technologieoffen auszugestalten.

(Beifall bei der CSU)

Der damit mit Sicherheit einhergehende bürokratische Aufwand muss auf ein Minimum reduziert werden. Die Mittelstandsfinanzierung darf nicht durch politisch motivierte Eigenkapitalvorgaben beeinträchtigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Die konkrete Ausgestaltung der Überlegungen zum sogenannten nachhaltigen Finanzwesen darf nicht allein Bürokraten und sogenannten Fachleuten, denen der Überblick über die Auswirkungen ihrer Ideen fehlt, überlassen werden.

(Beifall bei der CSU)

Vielmehr ist es Aufgabe der gewählten politischen Vertreter, sich selbst um die Ausgestaltung dieser schwierigen Materie zu kümmern und hierbei rechtzeitig und umfassend die Akteure der betroffenen Wirtschaft in die Überlegungen einzubeziehen, deren Erfahrungen und Bedenken ernst zu nehmen und bitte auch zu berücksichtigen. Das ist der Kern unseres Antrags.

Wir sehen die gesamten Aktivitäten zu diesem Thema kritisch, weil hier ganz offensichtlich aufgrund politischer Wunschvorstellungen in bisher marktwirtschaftlich funktionierende Prozesse der Finanzwirtschaft umfangreich eingegriffen werden soll. Da die Grundlagen dafür auf europäischer Ebene und auch auf Bundesebene allerdings bereits gesetzt sind, kommt es jetzt darauf an, dass sich Bundes- und Europapolitiker aktiv darum kümmern, um Schaden von unserer Wirtschaft, von unseren Arbeitsplätzen und von der Entwicklung unseres Landes abzuwenden.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der GRÜNEN, der, wie nicht anders zu erwarten, in eine völlig andere Richtung geht, lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Titel Ihres vorgelegten Dringlichkeitsantrags klingt ja noch gut; denn bei ihm hat man noch den Eindruck, Sie teilen die Sustainable Finance Agenda. Doch weit gefehlt! Ihr Antragstext schließt dann quasi die gesamte Taxonomie aus, und Sie wissen wieder einmal, was Sie alles nicht wollen. Das klingt nach "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass". Söder macht den neuen Öko, umarmt gern Bäume, aber Sie blockieren hier den nachhaltigen Finanzmarkt in Europa.

Nur zu Ihrer Kenntnis: Deutschland hat heute im Ministerrat bei den entsprechenden Abstimmungen entgegen den ursprünglichen Annahmen dann doch zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur ein Beispiel aus Ihrem Antragstext. Sie wollen die Verbrennung von Gas in Gaskraftwerken allen Ernstes als nachhaltig klassifizieren.

(Alexander König (CSU): Wir wollen, dass es nicht als "nicht nachhaltig" klassifiziert wird!)

Wissen Sie, warum Polen die Taxonomie blockiert? – Weil die Kohlekraft als nicht nachhaltig klassifiziert wird. Sie befinden sich da in schöner Gesellschaft. Ich muss Ihnen sagen: Sie können gerne das Ziel "Bayern klimaneutral" ausrufen, aber Klimaschutz mit einem einfach "Weiter-so", mit einem "Nichts-ändern" geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre aber alles kein Problem, wenn Sie nicht auch der europäischen Wirtschaft einen Bärendienst erweisen würden; denn mit Ihrer Blockadehaltung gefährden Sie das Ziel der deutschen und europäischen Wirtschaft, Weltmarktführer für nachhaltige

Finanzprodukte zu werden. Sie sehen hier nur die Probleme, aber nicht die Chancen dieser Agenda. Nutzen Sie die Chance, auch die Finanzanlagen des Freistaats und seiner Unternehmen und Stiftungen mit Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen. Helfen Sie den Kommunen in Bayern mit Beratung und Unterstützung, damit diese auch ihre Anlagen nachhaltig gestalten können. Dann gelingt auch der Klimaschutz im Finanzwesen.

Wir brauchen die Dynamik. Der Finanzmarkt kann der Motor für Klimaschutz und für die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Auf meine Beispiele hätten Sie einmal eingehen können!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Sandro Kirchner (CSU): Ich habe eine Frage an Sie. Wir alle wissen, dass durch die leidigen Debatten, die gerade auch von Ihrer Partei ins Rollen gebracht worden sind, viele Automobilzulieferer mit dem Rücken an der Wand stehen und viele Arbeitsplätze zur Diskussion stehen. Es gibt Automobilzulieferer, die vielleicht einen Transformationsprozess durchlaufen wollen, aber, weil sie im aktuellen Geschäft noch Komponenten für einen Verbrennungsmotor im Portfolio haben, vielleicht als nicht nachhaltig eingestuft werden. Wie erklären Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie ihre Arbeitsplätze verlieren, weil diese Unternehmen keine Zwischenfinanzierung, keinen Kredit bekommen, nur weil Sie hier stehen und sagen: Wow, die Welt wird grün?

(Alexander König (CSU): Gute Frage!)

Tim Pargent (GRÜNE): Erstens darf ich feststellen, dass die GRÜNEN ganz sicher nicht für den momentanen Zustand der deutschen und bayerischen Automobilbranche verantwortlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens heißt das ja nicht, dass die Automobilbranche oder wer auch immer künftig automatisch keine Kredite mehr bekäme, beispielsweise für Gaskraftwerke oder Ähnliches, sondern nur, dass die Refinanzierungsbedingungen schwieriger werden. Das ist der Punkt.

(Staatssekretär Roland Weigert: Das sind doch Wettbewerbsnachteile! – Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Danach richtet sich das dann. Wenn sie in nachhaltige Technologien investieren und sich damit refinanzieren, werden sie entsprechend der Taxonomie künftig bevorzugt.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn sie in CO₂-intensive, klimaschädliche Technologien investieren und sich refinanzieren wollen, werden sie dafür künftig einen Malus haben.

(Sandro Kirchner (CSU): 500.000 Arbeitsplätze!)

Das ist die Logik der Taxonomie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ist Ideologie!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Gerald Pittner von der Fraktion FREIE WÄHLER das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letztendlich hat die Zwischenbemerkung des Kollegen Sandro Kirchner das Problem gleich aufgezeigt.

Grundsätzlich ist es tatsächlich so, dass Ökologie, Klimaschutz und soziale Faktoren auch in der Vergangenheit bereits Kriterien bei der Kreditaufnahme waren. Wenn man ein Produkt hatte und einen Kredit brauchte, um es auf den Markt zu bringen, dann hat jede vernünftige Bank bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit nachgeschaut, ob die-

ses Produkt am Markt durchsetzbar ist. Wenn es vielleicht mit Kinderarbeit produziert wurde, weil man sonst den Preis nicht halten konnte, hatte man gewisse Risiken, die natürlich irgendwie mit eingepreist wurden. Vom Grundsatz her ist das erst einmal nichts Neues.

Neu ist, dass die Europäische Kommission in ihrem Aktionsplan natürlich versucht, dies durch ein einheitliches System europaweit zu regeln. Dagegen ist erst einmal nichts zu sagen, wenn das System transparent ist, wenn in diesem System vernünftige Kriterien festgelegt sind und wenn zumindest für eine Übergangszeit auch auf örtliche Gegebenheiten Rücksicht genommen wird.

Dabei fangen die Probleme nämlich an. Wir haben es von Herrn Kollegen König gehört: Was ist tatsächlich ökologisch? Das Produkt vielleicht schon, der Herstellungsprozess möglicherweise nicht. Gehen wir aufs flache Land, haben wir das Problem, dass die Lieferanten nicht vor Ort sind, sondern weit entfernt. Es gibt lange Lieferwege. Dann ist vielleicht das Vorprodukt ökologisch und auch das Produkt, der Weg dorthin aber leider nicht. Wie wird das bewertet?

Das Ganze fließt dann nicht nur in die Frage ein: Bekommt derjenige einen Kredit? Es stellt sich auch die Frage: Wie hoch ist die Kreditbelastung? Wie hoch ist dann der Aufschlag? Das ist eine eklatante Benachteiligung zum Beispiel des ländlichen Raums.

Es ist auch nicht so, dass es nur Schwarz oder Weiß gäbe. Nehmen wir beispielsweise Gas, das nach dem vorläufigen Plan, der gestern beschlossen wurde, übergangsweise tatsächlich als nachhaltig angesehen wird. Es gibt "grün" und "schwarz" – das ist jetzt nicht nachteilig gemeint, Kollegen. Es gibt für die Übergangszeit eine tolerable Regelung. Man muss sehen, dass bei Gas die Frage lauten sollte: Um welches Gas handelt es sich? Wenn wir Biogas nehmen, ist das dann wirklich so schlecht?

Bei der Kernkraft: Wenn es um Kernspaltung geht, sind wir uns wahrscheinlich alle einig, dass das nicht unbedingt der Stein der Weisen ist, solange die Lagerung nicht

geklärt ist. Wie aber sieht es mit der Kernfusion aus? Die ist im Moment nicht spruchreif, aber das kann sich morgen ändern.

Deswegen ist der Antrag der CSU richtig: Das muss technologieoffen sein, es muss mittelstandsfreundlich sein. Ansonsten läuft gerade unsere mittelständische Industrie in eine Kreditklemme erster Güteklasse hinein. Genau auf dem Finanzmarkt haben wir das Problem, dass unser gesamtes Wirtschaftssystem und unser gesamtes Finanzsystem im Moment eigentlich auf der Kippe stehen. Dem gilt es vorzubeugen.

Deswegen ist der Antrag berechtigt. Wir befürworten den Antrag der CSU. Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir ab, weil er in eine andere Richtung geht. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Martin Böhm, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Glückwunsch an die Eurokraten, die in den Trilogverhandlungen zu der ergreifenden Erkenntnis gekommen sind, Atomkraft als nachhaltig und Gas als nicht nachhaltig zu qualifizieren.

(Florian von Brunn (SPD): Haben sie gar nicht! Stimmt ja gar nicht!)

Dass man sich diese Weitsicht zu eigen zu macht, wünschten wir uns als Inhalt des CSU-Antrags, der sonst gar nicht so schlecht war.

Die EU-Agenda bezüglich nachhaltiger Finanzierungskonzepte ist gängelnd und damit ungeeignet. Nur die freiheitlichsten Rahmenbedingungen spornen Investoren zu besten Konzepten an. Hier wird kraft EU eine Nachhaltigkeitsagenda quasi befohlen. Zur Durchsetzung des angestrebten Wirtschaftswandels werden Hürden geschaffen und

wird die Regulatorik verschärft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Unternehmen wollen aber Vereinfachung und Bürokratieabbau.

Gerade international tätige Banken und Versicherungen sind durch die Umstellung auf die IFRS-Bilanzierung bereits leidgeprüft. Nun sollen sowohl den eigenen Kapitalstock betreffend als auch auf die Anlageberatung beim Endkunden zielend verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden. Der Wechsel von klassischer Renditerechnung hin zur grün lackierten Gesinnungsrendite wird weder der Altersversorgung unserer Bürger noch der Fremdkapitalausstattung unserer Unternehmen gerecht. Der Bankenverband warnt zu Recht davor, voreilig Grundsätze der Finanzmarktstabilität zu ignorieren und eine von Ideologie getriebene Verordnung zu verabschieden.

Bereits ohne weitere Hürden läuft die Kreditvergabe an KMU schleppend, und das trotz Niedrigzinspolitik der EZB. Das Lagarde-Drama und die Laientaxonomie des Aktionsplans werden sich gegenseitig befeuern.

Die EU leistet hier einen bewussten Beitrag zur Verstetigung des Negativzinses mit dem Hintergedanken, die maroden Südstaaten noch schneller zu entschulden. Diese werden zudem von der Nachhaltigkeitsagenda weniger hart getroffen als Deutschland, da sie vernünftigerweise auf die von der Kommission so bezeichnete "climate-neutral energy" setzen: auf den guten, günstigen und sauberen Atomstrom.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können diesem Antrag nicht zustimmen, da Sie sich in ihm aus rein parteitaktischen Gründen der zukünftigen Nutzung moderner Kernenergie als nachhaltigster Energieform wiederum verweigern.

(Florian von Brunn (SPD): Die sind total verstrahlt, Ihre Argumente! – Zuruf von den GRÜNEN)

Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ihr müsst euch Buttons machen: "Atomkraft für Deutschland – AfD"!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Florian von Brunn, SPD-Fraktion, auf.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was hier in der gesamten Debatte bisher weitgehend ausgelassen oder unterschlagen worden ist: Die Europäische Union hat diese Angelegenheit – die Etablierung von Sustainable Finance – natürlich nicht "einfach so" vorgenommen. Sie tut das, weil sich die Vereinten Nationen darauf geeinigt haben, und zwar schon im Jahr 2015 im Zuge ihrer "17 Ziele für nachhaltige Entwicklung" auf der Welt, wonach auch die Finanzmärkte nachhaltig arbeiten müssen, weil das notwendig ist. Wir können nicht sagen: Die Energiewirtschaft und den Verkehr stellen wir um, aber auf den Finanz- und Kapitalmärkten wird weiterhin in schmutzige, umweltfeindliche Technologien investiert.

Das Gleiche ist beim Pariser Klimaabkommen von 2015 passiert. Wir haben uns international völkerrechtlich dazu verpflichtet, dass wir auch die Kapitalmärkte und die Finanzmärkte entsprechend ausrichten und ihnen einen solchen Ordnungsrahmen geben, dass ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassungspolitik geleistet wird. Das ist auch völlig richtig.

Wenn der Kollege Kirchner jetzt sagt, irgendwer sei schuld an der Lage der Automobilindustrie, muss ich sagen: Ganz wesentlich schuld daran sind die CSU-Verkehrsminister, die ihrer verdammt Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind und die nicht dafür gesorgt haben, dass dieser Markt ordentlich reguliert worden ist. Das ist die Wahrheit; davon wollen Sie einfach nur ablenken.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Das zeigt doch auch genau, dass ein Defizit an Regulierung und an Ordnungspolitik dazu führt, dass ganze Industrien zukünftige nachhaltige Entwicklungen verschlafen können. Wir hätten das Problem mit emissionsfreien Antrieben in Deutschland nicht, wenn Ihre Kollegen von der CSU, wenn Herr Scheuer, Herr Ramsauer und wie sie alle heißen, ihren Job ordentlich gemacht hätten. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir in diesem Bereich etwas tun und dass dieser Bereich nachhaltig gestaltet wird.

Ich will nur noch ein Argument bringen, ein marktwirtschaftliches Argument, das Mark Carney, der Vorsitzende der englischen Zentralbank, schon 2015 genannt hat. Wir müssen nämlich vermeiden, dass es zu Stranded Assets kommt, das heißt, es wird in veraltete, fossile Technologien investiert, doch bei fortschreitender nachhaltiger Entwicklung sind die ganzen Werte, in die investiert wird, dann nichts mehr wert. Genau darum geht es auch. Das verkennen Sie bei der ganzen Debatte total.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist sicherlich richtig, bei der Umsetzung durch die Europäische Kommission und durch die Europäische Union darauf zu achten, dass vernünftig reguliert wird, dass wir Überbürokratisierung vermeiden. Aber Sie wollen im Grundsatz eigentlich gar nichts. Sie wollen keine ökologische Regulierung der Märkte, Sie wollen keine ökologische Ordnungspolitik, Sie wollen möglichst wenig Investitionen in Nachhaltigkeit, Sie wollen keine CO₂-Bepreisung. Sie machen eigentlich am liebsten gar keine Umweltpolitik. So geht es eben auch nicht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Alexander König (CSU):

Und Sie verstehen unter Politik nur Regulierung und Steuererhöhung!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser, FDP-Fraktion, das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat – vielleicht implizit, ohne es zu merken – auf ein Problem

hingewiesen, bei dem wir massiv auseinanderlaufen. Er hat gesagt – ich formuliere es ein bisschen anders –, auf der einen Seite wollen wir dafür sorgen, dass ökologisch nicht akzeptable Dinge unterbunden werden, gleichzeitig wollen wir aber auch über den Finanzmarkt dafür sorgen, dass diese Unternehmungen ausgetrocknet werden. Faktisch passiert nämlich nichts anderes.

Wenn Sie meinen, bestimmte Dinge seien ökologisch nicht zulässig, dann sorgen Sie dafür, dass sie nicht gemacht werden. Aber jetzt jemand Dritten, zum Beispiel das Finanzwesen, Banken oder Versicherungen, dazu zu zwingen, den ökologischen Büttel für Sie zu spielen, halte ich für total übertrieben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich finde, dass der Staat die Banken nicht missbrauchen darf. Er darf den Banken auch keine Vorgaben machen, welche Produkte sie zu welchen Konditionen anzubieten haben.

(Florian von Brunn (SPD): Aber retten darf er sie! – Alexander König (CSU): Das ist ein dummer Zuruf!)

– Die Diskussion um das Retten von Banken können wir gern an anderer Stelle führen. – Der Staat soll lediglich Rahmenbedingungen dafür bereitstellen. Er kann es von mir aus erlauben, ein Label zu definieren, wobei ich auch schon Schwierigkeiten damit habe, dass der Staat dabei sein soll, wenn die Labels definiert werden. Wir haben ja gerade gesehen, wie schwierig es ist – Herr Pittner hat eine Reihe von Beispielen angeführt –, sich europäisch oder weltweit zu einigen, was richtig, was ökologisch gut und was ökologisch böse ist. Auf dieser Ebene weiterzudiskutieren, ergibt überhaupt keinen Sinn.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat schon vor einigen Wochen ebenfalls einen entsprechenden Antrag gestellt. Dazu gab es eine Anhörung und interessanterweise auch

einen Gegenantrag der GRÜNEN. Ich kenne das Ergebnis der Anhörung noch nicht, aber möglicherweise ist das mit dem heutigen Beschluss überholt.

Zum Antrag der CSU: Grundsätzlich ist es richtig und löblich, dass man versucht, den Mittelstand zu schützen, aber man sagt leider nicht, wie die Bewertung tatsächlich vorgenommen werden soll und wer die Bewertung vornehmen soll. Mir ist das ein bisschen zu wenig.

Was den Ansatz der GRÜNEN angeht, so habe ich wohl hinreichend ausgeführt, dass er nicht akzeptabel ist.

Wir werden uns beim Antrag der CSU enthalten und den der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf nun Herrn Staatssekretär Roland Weigert das Wort geben.

(Staatssekretär Roland Weigert: Schon?)

– Ja. Hier wird konzentriert diskutiert. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucher! Die EU COM verfolgt seit dem Frühjahr 2018 den Plan, das Kapital verstärkt in nachhaltige Investitionen zu lenken. Im Kern geht es darum, dass man die Klimaziele und die Energieziele 2030 noch erreicht. Dazu aktiviert man nun auch den Finanzsektor. Er ist eine Schlüsselbranche in diesem Bereich. Mein Vorredner hat es erwähnt. Mich bewegt dieser Ansatz auch. Diesbezüglich wurden schon mehrere Verordnungsentwürfe vorgelegt. Das Herzstück ist die heute bereits vielfach zitierte Taxonomie. Diese ist im Kern ein Klassifizierungssystem – um nicht mehr und nicht weniger geht es –, das festlegen soll, was nachhaltig ist und was nicht nachhaltig ist. Das wird derzeit verhandelt.

Meine Damen und Herren, unterschätzen Sie die Situation nicht. Diese Diskussion um das Thema Sustainable Finance verunsichert den Mittelstand in erheblichem Maße.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Ich denke, das zu berücksichtigen ist wichtig, weil der Mittelstand einer unserer Wohlfahrtsgaranten ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat bereits – leider Gottes; ich bedaure das sehr – vor der Festlegung auf europäischer Ebene erste Überlegungen kredenzt. Das war sicherlich gut gemeint, aber in der Folge hat auch das dazu beigetragen, dass es zu noch mehr Unsicherheit gekommen ist.

In dem Kontext wissen wir: Das "ob" ist unbestritten, aber das "wie" ist die zentrale Frage. Hierzu wurden heute schon wichtige Ausführungen gemacht. Die Beispiele werde ich nicht mehr nennen. Wir wissen auch, dass die Anforderungen an den Finanzsektor und auch an die gesamte Wirtschaft strenger werden. Diese nehmen wohl zu. Auch im Mittelstand nehmen deswegen die Befürchtungen zu, weil die Hürden der Kreditfinanzierung als erheblich erachtet werden. Auch das ist gesagt worden.

Klar ist: Wenn ganze Wertschöpfungsprozesse und ganze Technologien pauschal als nicht nachhaltig eingestuft werden, dann wird dies zu gravierenden Folgen für die betroffenen Unternehmen führen.

(Alexander König (CSU): So ist es! Jawohl!)

Diese grundlegende Betroffenheit der Unternehmen mündet am Ende des Tages in eine grundlegende Betroffenheit der Gesellschaft. Das sind wir alle zusammen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Denn am Ende des Tages geht es, wie dies heute schon angeklungen ist, um Chancengleichheit in allen Teilen dieses Landes, in der Stadt und auf dem Land. Meine Damen und Herren, dass wir derzeit eine relativ gute Chancengleichheit zu verzeichnen haben, wenn wir allein die Spreizung der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten

betrachten, ist das Verdienst der kleinen und der mittleren Unternehmen, die insbesondere im ländlichen Raum vertreten sind. Deswegen muss es uns bei allem ehrlichen und intensiven Bemühen um Klimaschutz auch darum gehen, die kleinen und mittleren Unternehmen mit adäquaten Maßnahmen zu beteiligen und nicht weit übers Ziel hinauszuschießen; denn es geht um viel mehr als um das, was heute vage beschrieben worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, für das Wirtschaftsministerium sind deswegen einige Prinzipien bei der Umsetzung von Sustainable Finance entscheidend. Bei den Nachhaltigkeitsfaktoren im Bereich der Finanzierungs- und auch der Investitionsentscheidungen müssen wir insgesamt zu einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis kommen. Hier wird man sicherlich verhandeln und reden müssen, aber das muss unsere Ziellinie sein.

Es kann auch nicht sein, dass es zu einer weiteren Drangsalierung des Mittelstandes kommt. Ich persönlich will auch keine Verbürokratisierung der Branche in toto.

Bei der Taxonomie-Festlegung geht es auch darum, dass wir sie nicht allein in der Hand der Expertenebene belassen, wie es bis dato war. Aus meiner Sicht geht es im Wesentlichen um Transparenz. Sie muss die Grundlage des Prozesses sein. Wir brauchen insbesondere eine umfassende Einbindung der Mitgliedstaaten. Es bedarf auch einer Einbindung der Vertreter der Real- und der Finanzwirtschaft bei der Nachhaltigkeitsdefinition. Das müssen wir sicherstellen; denn diese werden insbesondere für die Technologieoffenheit stehen, die fundamental ist.

Grundsätzlich gilt – dies ist auch im Sinne von Ludwig Erhard, unserem Vater der sozialen Marktwirtschaft –: Ideologisch motivierte Lenkung über Aufsichtsrecht und dergleichen ist abzulehnen, meine Damen und Herren.

Die Bayerische Staatsregierung setzt sich in diesem Prozess der Umsetzung von Sustainable Finance für Verhältnismäßigkeit ein. Staatsminister Aiwanger hat deswegen bereits vor geraumer Zeit eine entsprechende Position an den Bundesfinanzminister adressiert. Unser Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Florian Herrmann, hat im gleichen Sinn an den Chef des Bundeskanzleramts, Staatsminister Braun, eine Adresse gesetzt, und ich selbst war mit einer Delegation der Finanzplatzinitiative München in Brüssel. Wir haben dort eindringlich an Vertreter des Europäischen Parlaments und an Mitglieder der Europäischen Kommission entsprechende Noten adressiert. Wir werden dies auch weiterhin auf Bundes- und auf Europaebene tun und die entsprechenden Maßnahmen einfordern. Deswegen ist dem Antrag der CSU zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden. Erstens. Die Forderung nach einem Divestment des Freistaates Bayern aus allen fossilen und atomaren Energieunternehmen im Rahmen seiner Eigenanlage widerspricht eklatant der Forderung nach einer technologieoffenen Ausgestaltung der Sustainable Finance Initiativen.

Zweitens. Die Forderung erkennt zudem, dass, wie in der EU-Taxonomie selbst festgelegt, auch Technologien, die maßgeblich zu einer Abmilderung des Klimawandels beitragen können, im Sinne einer transitionalen Aktivität als nachhaltig eingestuft werden können.

Drittens. Die Forderung, auch auf ein Divestment der Kommunen hinzuwirken, würde zudem einen nicht unerheblichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen. Diese wurde heute bei anderen Themen schon im Vorgriff als wichtiges Ziel dargestellt.

Viertens. Was eine Ausrichtung der Förderpolitik Bayerns an den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie betrifft, wird auf den Entwurf des Bayerischen Klima-

schutzgesetzes nach Weihnachten verwiesen, der sich derzeit in der parlamentarischen Beratung befindet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Eine erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Staatssekretär, lieber Roland Weigert, wir sind uns einig, dass man Unternehmen nicht durch Bürokratie und schlechte Regulierung gefährden sollte. Da geht es um Arbeitsplätze. Aber man muss bei den Nachhaltigkeitszielen, die wir auch auf den Finanzmärkten verwirklichen wollen, darauf achten, dass Klimaschutzziele auch durch Investitionen erreicht werden. Auch die Kapital- und Finanzmärkte haben eine Verantwortung. Man muss darauf achten, soziale Ziele zu erreichen, zum Beispiel beklagt jedermann bei Lieferketten – bei Lithium, Kobalt usw. – die Produktionsverhältnisse in manchen Ländern.

Ich finde ganz ehrlich, dass man an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zu einer vernünftigen Art von Regulierung aussprechen muss. Es kann nicht sein, dass die Finanzwirtschaft und die Finanzmärkte sagen, sie wollten keine Regulierung. Wenn man sie aber für Hunderte von Milliarden retten muss, halten sie die Hand auf, und der Steuerzahler muss bereitstehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Lieber Florian von Brunn, über das "ob" habe ich ja gesprochen; daran besteht kein Zweifel. Es geht um die Frage des "wie". Bei Ihrer Einlassung zu vernünftiger Regulierung bin ich völlig dabei. Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir für eine verhältnismäßige Umsetzung dieser Initiative sind. Hierbei spielt Vernunft eine wesentliche Rolle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Tim Pargent von der Fraktion der GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben ausgeführt, dass Sie die Ausgestaltung der Taxonomie nicht den Bürokraten überlassen wollen, sondern diesbezüglich eine enge Einbindung der Nationalstaaten vorschlagen.

Ich stelle mir die Frage, wie Sie sich das konkret vorstellen. Soll dann in Polen entschieden werden, dass dort Kohle als "nachhaltig" bzw. nicht als "nicht nachhaltig" klassifiziert wird? Wäre in Frankreich dann der Atomstrom in Ordnung und in Deutschland Gaskraftwerke? – Ich stelle mir die Frage, wie Sie sich das konkret vorstellen und wie Sie hier eigentlich eine einheitliche europäische Regulierung umsetzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Kollege Pargent, ich stelle mir das genau so vor wie dem Prozess und das Vorgehen bei vergleichbaren Initiativen auf europäischer Ebene. Man findet im Rund der Mitgliedstaaten zu entsprechenden Kompromissen – nicht mehr und nicht weniger. Das ist seit vielen Jahrzehnten erprobt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/5314 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Wer Enthält sich? – Die Fraktion der FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/5393 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.